

## Dokumentation Concilium

Unter der Verantwortung des Generalsekretariats

Ernst-Otto Czempiel

Heinz-Theo Risse

### Probleme und Möglichkeiten der Friedensforschung

Im Oktober 1970 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die «Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung» gegründet. Sie soll entsprechende wissenschaftliche Forschungen fördern und zur Verbreitung der Ergebnisse beitragen. Im internationalen Vergleich stellt sie insofern ein Novum dar, als in ihr Staat, gesellschaftliche Großorganisationen und Wissenschaft vertreten sind. Die Gründung wurde deshalb in der Öffentlichkeit stark beachtet. Man kann hoffen, daß auch in der Bundesrepublik die Friedensforschung jene Förderung erfährt und jene Bedeutung erhält, die sie in manchen anderen Ländern längst besitzt. Zugleich ist durch die neue Gesellschaft eine Diskussion über die Grundlagen und Ziele der Friedensforschung selbst ausgelöst worden. In ihr findet nicht nur die begrüßenswerte Pluralität und Konkurrenz verschiedener Ansätze und Richtungen ihren Ausdruck, also das, was man als «Methodenpluralismus» bezeichnet. Es macht sich auch eine gewisse Ratlosigkeit bemerkbar. Der folgende Beitrag will nicht den Stand dieser Diskussion registrieren und geht daher auch nicht näher auf sie ein. Er ist vielmehr ein Versuch, in groben Umrissen ein einigermaßen geschlossenes und systematisches Konzept dessen zu entwickeln, was als Friedensforschung zu gelten und was sie zu leisten hätte. Der Beitrag gliedert sich in drei Teile:

1. Friedensbegriff und allgemeine Erkenntnisrichtung der Friedensforschung
2. Bereiche der Friedensforschung
3. Schwerpunkte der Friedensforschung

#### *1. Friedensbegriff und allgemeine Erkenntnisrichtung der Friedensforschung*

Wenn es auch gegenwärtig ausgeschlossen und unnötig ist, den erkenntnisleitenden Begriff des

Friedens präzise zu definieren, so bleibt eine gewisse Vorverständigung über die Gegenstände und das allgemeine Ziel der Friedensforschung unerlässlich. Im Sinn eines solchen Vorverständnisses kann Frieden definiert werden als ein kontinuierliches Muster von Prozessen im internationalen System (Zustandsmuster des Systems), das durch drei Merkmale gekennzeichnet ist, die einander bedingen: die verlässliche Abwesenheit organisierter personeller Gewaltanwendung (Krieg); die ständige Abnahme des strukturellen Gewaltelements in der Regelung von Konflikten; die gleichzeitige Steigerung sowohl der Entfaltungs- und Freiheitschancen des einzelnen Menschen als auch der gesellschaftlichen Entwicklungschancen insgesamt. Dieser verhältnismäßig einfache Begriff hat mehrere Vorteile. Zunächst ist er weder so formal, wie der von Karl Kaiser vorgeschlagene,<sup>1</sup> noch so kompliziert und daher praktisch grenzenlos wie der von Galtung entwickelte.<sup>2</sup> Er beschränkt sich nicht auf den sogenannten «negativen» Frieden,<sup>3</sup> noch verwendet er einen chiliastischen positiven Friedensbegriff, dessen Vollkommenheit dazu führen kann, Gewalteinsetz wieder zu legitimieren.<sup>4</sup> Er vermeidet also die Gefahr der Pazifikation wie der Revolution (im klassischen Verständnis dieses Begriffs): Er zielt auf die kontinuierliche Verwirklichung des Fortschritts im System wie in den Systemgliedern, ohne sie über die organisierte Gewaltanwendung kurzzuschließen.

Im einzelnen ermöglicht dieser Begriff, die Friedensforschung folgendermaßen inhaltlich zu bestimmen und damit gegenüber anderen gesellschafts- und politikwissenschaftlichen Erkenntnisinteressen abzugrenzen. Frieden meint in dieser Sicht einen internationalen Zustand und keinen nationalen. Er bezieht sich auf Zustände des Systems, nicht der Staaten. Dies ist nicht nur eine terminologische, sondern auch eine inhaltliche Unterscheidung. Das internationale System setzt sich zwar aus Staaten zusammen, und insofern besteht eine enge Beziehung zwischen deren Zuständen und dem Zustand des Systems. Diese Beziehung ist jedoch weder als einfaches Ursache-Folge-Verhältnis noch in Analogie zu einem lebenden Organismus zu verstehen. Der Systemzustand ist mehr als die Summe der Gliederzustände; die wechselseitigen Einwirkungen schaffen vielmehr eine neue Qualität des Systemzustands, die als solche erfaßt werden muß. In sie gehen andererseits keinesfalls sämtliche internen Zustände der Systemglieder ein, sondern nur ein Teil, der näher

bestimmbar ist und bestimmt werden muß: jene, die einen zumindest hypothetischen Einfluß auf das Systemverhalten des Staates oder der Staaten-gruppe haben. Entsprechendes gilt für den Frieden als Erkenntnisinteresse der Friedensforschung und damit für diese selbst. Gleichzeitig ist auf diese Weise das Maß des Fortschritts zu beschreiben, das unter dem Leitziel Frieden angestrebt werden muß. Die gesellschaftlichen Zustände der Systemglieder brauchen nur bis zu dem Grad beeinflußt werden, der ein Systemverhalten der betreffenden sozialen Einheiten sicherstellt, welches gewaltlose (oder doch zunehmend gewaltlose) Konfliktlösungen einübt oder ermöglicht.<sup>5</sup> Dieser Grad darf allerdings nicht als Grenze und Ziel, sondern muß im Gegenteil als Zwischenstufe, Ausgangspunkt und Schwelle verstanden werden, jenseits deren der weitere Fortschritt zu höheren Niveaus im internationalen Verkehr beginnt.

Daraus ergibt sich, daß unter Friedensforschung nicht jedes Vorhaben verstanden werden kann, das die außenpolitische oder die internationale Situation verbessern will. Solche Vorhaben sind weder entbehrlich noch illegitim. Es ist beispielsweise wichtig, außenpolitische Zielsetzungen von Parteien zu untersuchen, oder Möglichkeiten von Arms Control und Abrüstung, oder Strategien des Nations Building, oder die Außenwirtschaftspolitik, oder die völkerrechtliche Qualität des Vietnamkrieges. Diese Analysen lassen sich aber nicht ohne weiteres unter das Erkenntnisziel Frieden einordnen, oder jedenfalls nur dann, wenn man bewußt dieses Ziel so unbestimmt hält wie in der traditionellen politischen (und wissenschaftlichen) Rhetorik. Die Förderung solcher Analysen sollte daher weiter den entsprechenden wissenschaftlichen Disziplinen anheim gegeben und nicht für die Friedensforschung beansprucht werden.

Deshalb ist auch dem von Kaiser entwickelten Begriff der «friedensrelevanten» Forschung<sup>6</sup> im Unterschied zur Friedensforschung nicht zuzustimmen. Dieser Begriff ist offensichtlich eine Folge des Nimbus der Exklusivität, den die Friedensforschung in der BRD gegenwärtig besitzt. Mit seiner Hilfe wird versucht, die Förderung von fortschrittsorientierten Arbeiten zu erreichen, die sonst nicht unmittelbar mit dem Ziel Frieden zu verbinden wären. Diesem Ziel wird aber besser durch eine schärfer unterscheidende Sprache gedient, als durch eine Begriffserweiterung, welche die Forschungsförderung nur erschwert und die Zielsetzungen der geförderten Vorhaben im Un-deutlichen beläßt.

Einer solchen Gefahr soll durch den hier entwickelten Versuch, die Erkenntnisabsicht Frieden möglichst eng zu halten, begegnet werden. Friedensforschung hätte sich dann, positiv formuliert, darauf zu konzentrieren, daß die Arten der Konfliktlösung im internationalen System auf eine prinzipiell, also historisch sichere, höhere Stufe gehoben sowie die Bedingungen, Chancen und Strategien dafür untersucht werden. Sie entgeht damit der Gefahr der Uferlosigkeit und erlaubt die Konzentration auf das wichtigste Problem: die Aufhebung der Bedingungen der «situation hob-bésienne»,<sup>7</sup> in der die Staaten sich wie Gladiatoren in einem quasi rechtsfreien Raum bewegen, davon ausgehend, daß der Mensch natürlicherweise des Menschen Wolf sei.<sup>8</sup> Um keinen Zweifel an der Größenordnung dieser dermaßen eingegrenzten Forschung aufkommen zu lassen, soll hier gleich hinzugefügt werden, daß wahrscheinlich noch Jahrzehnte international kooperierender Großforschung notwendig sind, bevor erste verlässliche Ergebnisse vorliegen.

Im einzelnen ergeben sich für die Bestimmung solcher Forschung die folgenden formalen und inhaltlichen Gesichtspunkte:

#### a) Formale Merkmale

Friedensforschung untersucht systemische Vorgänge, Interaktionen. Es brauchen nicht ganze Staatensysteme zu sein, auf die sie sich bezieht; einstweilen wird sie sich häufig mit Teilen eines solchen Systems oder auch nur mit bipolaren Beziehungen begnügen müssen. Entscheidend ist, daß die Außenpolitik nicht als Außenpolitik des Staates oder der Staaten oder gar, auf einer Vorstufe, als außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen zum Gegenstand der Forschung wird. Außenpolitik rückt in die Friedensforschung vielmehr nur als Element der systemischen Beziehungen ein, also nur insoweit, als das System dauernd und strukturell davon beeinflußt wird. Das habitualisierte, gewohnheitsmäßige Konfliktverhalten der sozialen Einheit steht in Frage, nicht die konkrete außenpolitische Entscheidung.

Andererseits müssen die internen Zustände und Ordnungen der Systemglieder soweit erfaßt werden, wie sie dieses Konfliktverhalten bestimmen. Es entfällt damit beispielsweise das Problem der Revolution. Wenn sie auch Außenbezüge besitzt, so ist sie doch primär als Veränderung innergesellschaftlicher Ordnung zu verstehen.

Friedensforschung ist damit Grundlagenfor-

schung. Sie zielt auf systematische Ergebnisse, die zugleich verlässliche Prognosen zulassen sollen. Es geht nicht zuerst um Anstöße zu rationalem, auf Frieden gerichtetem außenpolitischem Handeln, sondern um Aufhellung des bislang weitgehend irrationalen Feldes, in dem sich Außenpolitik und internationale Politik abspielen. Es wird unumgänglich und daher zulässig sein, für eine Übergangszeit auch Forschungsvorhaben, die unmittelbar auf Anwendung gerichtet sind, mit zu fördern. Dafür kommt aber praktisch nur *ein* Gebiet in Frage: die Abrüstung. In allen anderen, an der Aktualität orientierten Vorhaben, etwa die europäische Friedensordnung betreffend, sollte der systematische Bezug ausschlaggebend für die Zuordnung zur Friedensforschung sein.

In einer so gerichteten Grundlagenforschung läßt sich auch das Verhalten von Theorie und Praxis in einer Weise bestimmen, die weder das «Engagement zum Frieden» ausschließt noch die Erfordernisse wissenschaftlicher Methodik zugunsten dieses Engagements vernachlässigt.<sup>9</sup> Die Praxis als politische Entscheidung wird von der Theorie getrennt, aber nur, um von der Theorie und der wissenschaftlichen Qualität ihrer Ergebnisse umstellt und genauer und schärfer eingengt zu werden. Im Endstadium ist sie nurmehr prinzipiell-methodologisch, aber nicht mehr faktisch-politisch der Theorie gegenüber frei.

#### b) Inhaltliche Merkmale

Friedensforschung ist weniger auf bestimmte statische *Gestalt*muster des internationalen Systems, als vielmehr auf die Prozesse, die *Verlauf*muster, also auf die Arten der Konfliktregelung, gerichtet. Die konkrete politische Ausformung des Friedens bleibt also offen; sie ist abhängig von den historisch-regionalen und den sozioökonomisch-technologischen Bedingungen. Die Frage nach dem Weltstaat bleibt ebenso offen wie die nach den möglichen Vorstadien. Diese mittelfristig und langfristig anvisierbaren Gestaltmuster sind zeitlich viel zu weit entfernt, als daß sie sinnvoll diskutiert werden könnten. So ist etwa, was die Friedensforschung der BRD betrifft, die Gestalt des afrikanischen Subsystems als eines regionalen Systems nur ein Gegenstand am Rande, nicht aber die Figur des Nord-Süd-Systems (oder Teile desselben), ganz zu schweigen vom Ost-West-System, das für uns prinzipieller und unverzichtbarer Gegenstand der Friedensforschung zu sein hat. Allein maßgebend ist also das Niveau der Konfliktregelung. Die konkrete Systemgestalt wird

davon nur dann betroffen, wenn ein bestimmtes Niveau bereits erreicht ist, etwa in Westeuropa oder im Atlantischen System. Da ein weiterer Fortschritt nicht sicher möglich ist, wenn das offene System, also das System unverbundener nationalstaatlicher Einheiten, beibehalten wird, wird seine Veränderung zur Vorbedingung der Weiterentwicklung. Integrationstheorie rückt dann in die Friedensforschung ein.

Ebensowenig kann sich Friedensforschung einfachhin mit den Zielen einer Einheit identifizieren. Sie ist auf die Entwicklung und Einübung eines zunehmend gewaltfreien Regelungsmodus fixiert, der für alle Konfliktpartner gilt. Die gesellschaftliche und politische Ordnung der Systemglieder rückt nicht unter allgemeinen und/oder ideologischen Aspekten in diese Forschung ein, sondern nur unter funktionalen: Ihr Stellenwert für das Systemverhalten und den Systemzustand steht im Vordergrund. Die Untersuchung von Herrschafts-, Gesellschafts- und Wissenschaftsordnungen muß, soll sie der Friedensforschung zugeordnet werden können, die strukturelle Bedeutung dieser Forschungsgegenstände für ein friedlicheres Systemverhalten nachweisen.

Der Anspruch der Gerechtigkeit wird damit aus dem internationalen System nicht entfernt. Inhalte und Träger dieser Gerechtigkeit auf den Begriff zu bringen, gehört vielmehr zu den fundamentalen Problemen der Friedensforschung. Immerhin hat dieser Anspruch der Gerechtigkeit sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart maßgeblich dazu gedient, Gewaltanwendung zu legitimieren. Der Begriff der Gerechtigkeit in einem offenen System, ihre Qualität, ihre Feststellung, ihre Ansprüche und die Möglichkeiten ihrer Realisierung werden damit zu den schwerwiegenden Fragen der Friedensforschung. Unter säkularem Aspekt sind sie bereits aufgeworfen worden mit dem Begriff der «strukturellen Gewalt» (Galtung, Schmid), blieben aber theoretisch wie strategisch weit unterhalb der erforderlichen Differenzierungen. Die Aporie des Chiliasmus wie die des gerechten Krieges muß aber vermieden, an deren Stelle eine innovative Theorie entwickelt werden. Sie hätte die Träger gerechter Ansprüche im System zu bestimmen, nämlich die Frage zu klären, ob heute überhaupt noch Staaten – und wenn, dann welche und unter welchen Bedingungen (= funktionale Leistungen) – Ansprüche solcher Qualität erheben können, oder ob nicht vielmehr der einzelne Mensch und bestimmte Menschengruppen Träger von Rechtsansprüchen sind, die

den traditionellen Ansprüchen des Staates vorausgehen. Daraus ergeben sich fundamentale Konsequenzen. Der Begriff Staat könnte enthypostasiert, sein Gehorsamsanspruch entmythologisiert werden. Davon würden seine Beziehungen zu anderen Staaten maßgeblich mitbetroffen. Zum Beispiel: das Ziel «Wiedervereinigung Deutschlands» würde irrelevant gegenüber dem Ziel: Anhebung des politischen und wirtschaftlichen Lebensstandards der Menschen in der DDR; die Aufrechterhaltung des außenpolitischen Bezuges «Bundesrepublik in der EWG» erweise sich als dysfunktionaler Anachronismus usw.

Friedensforschung muß sich, das ergibt sich aus dem Gesagten, praktisch mit einem neuen Verständnis von Außenpolitik befassen. Das bisherige Verständnis ist, als Folge des im Grunde immer noch monarchischen Staatsbegriffs, an anonymen Gruppenwerten orientiert, die es maximal auslegt und durchzusetzen sucht. Ein neues Verständnis hätte das soziale Individuum als zentrale Bezugsgröße einzuführen und die Gruppengrenzen zu einer Funktion der Bedürfnisse des Individuums zu degradieren; die Auswirkung auf die Bedeutung der territorialen Grenzen wäre nicht abzusehen. In diesem Verständnis wäre die Außengruppe perspektivisch immer schon als mögliche Binnengruppe zu erfassen und das Verhältnis zu ihr entsprechend einzurichten. Wenn und insoweit man unter «Gemeinwohl» die Summe der gesellschaftlichen Bedingungen und Zustände versteht, die dem Einzelnen und seiner Familie zu optimalen Freiheits- und Entfaltungschancen verhelfen, besteht auch eine Beziehung zum Frieden. Jedes andere Verständnis, das ein anonymes Gesamtinteresse anvisiert, ist dem Ziel Frieden, wie es hier verstanden wird, eher hinderlich.

Hier erweist sich allerdings auch, daß eine solche Änderung in der Bewertung der Funktionen einer sozialen Einheit ein außerordentlich schwieriges, gleichzeitig aber auch außerordentlich wichtiges Lernziel darstellt. Wenn zwar nicht angenommen werden kann, daß theoretische Arbeiten auf diesen Gebieten alsbald politische Folgen haben werden, so ist die Veränderung der Terminologie und damit der Begriffswelt dennoch ein beträchtlicher Fortschritt. Der Ansatz der Friedensforschung selbst muß als noch inartikulierte Vorwegnahme eines solchen Konzeptes von Außenpolitik und internationaler Politik gedeutet werden.

Friedensforschung entwickelt, dies ist eine weitere Konsequenz, keine Strategie für die Zielrealisationen einer Seite. Damit entfällt praktisch der

gesamte Bereich der Militärstrategie. Es ist unerläßlich, auch solche Strategien zu besitzen und zu entwickeln. Ihnen verdanken wir zum Teil die relative Stabilität des Systems der gegenseitigen Abschreckung. Diese ist aber zugleich – und das macht ihre gefährliche Ambivalenz aus – nichts anderes als eine spezifische, durch die Drohung mit Vernichtungspotentialen ohne Beispiel aufs äußerste zugespitzte Variante traditioneller Verhaltensweisen, die auf maximalen Machtgewinn für die je eigene Seite gerichtet bleiben und Gewaltanwendung eben nicht prinzipiell ausschließen. Wenn die Partner des Drohsystems diesen Machtgewinn wechselseitig kontrollieren, auf Gewaltanwendung verzichten und deren Mittel zu disziplinieren suchen, dann innerhalb der Logik des Systems selbst und nicht als Übergang zu anderen Weisen der Konfliktregelung. Strategieforschung gleich welcher Art gehört von daher nicht unter Friedensforschung. Deren strategisches Ziel muß vielmehr die Entwicklung von außenpolitischen Verhaltensweisen sein, die ein auf zunehmende Gewaltfreiheit gerichtetes Systemverhalten der sozialen Einheiten bewirken. Hinzu kommen Strategien, mit denen die Voraussetzungen solchen Verhaltens auch bei anderen Systemeinheiten geschaffen oder beeinflußt werden können. Anders ausgedrückt: Es gilt Strategien zu entwickeln, mit denen das soziale Lernen der eigenen Einheit wie das anderer Einheiten motiviert und angeregt werden kann.

## 2. Bereiche der Friedensforschung

Aufgrund dieser grundsätzlichen Bestimmungen sind nun einige große Bereiche der Forschung zu umreißen. Friedensforschung läßt sich, grob skizziert, doppelt untergliedern:

- a) Analyse von Konfliktlagerungen;
- b) Konzepte von Konfliktlösungen.

### a) Analyse von Konfliktlagerungen

Konfliktpotentiale können auf drei Ebenen und deren wechselseitiger Verklammerung, also in vier verschiedenen Niveaus vermutet werden:

- auf der Ebene System, in seinen Bedingungen und Prozessen;
- auf der Ebene Außenpolitik;
- auf der Ebene Innenpolitik und ihren gesellschaftlichen Strukturen;
- in der Verklammerung dieser Ebenen durch übergreifende und durchlaufende Prozesse.

Auf der *Systemebene* sind Konfliktbedingungen und Konfliktprozesse zu unterscheiden. Als Bedingungen von Konflikten können verstanden und müssen analysiert werden: der Stand der Technologie und ihre Folgen für Möglichkeiten und Dichte von Kommunikation und Interdependenz. Schon von daher sind die verschiedenen Subsysteme des universalen internationalen Systems strikt zu unterscheiden. Die Konfliktbedingungen, die das afrikanische Subsystem hervorbringt, sind prinzipiell andersartig als diejenigen etwa des europäischen Subsystems.

Durch wiederholte Akte und die Komplexität und Dauerhaftigkeit ihrer Praxis verfestigte und daher schwer veränderbare Prozesse haben ebenfalls als Bedingungen zu gelten. Dazu zählen die Informations-, Kapital- und Handelsströme. Ein derartiges Konfliktpotential sind etwa die Importrestriktionen der Industriestaaten oder die Tatsache, daß die Schifffahrtslinien traditionell von wenigen Reedereien kontrolliert werden.

Schließlich haben als systemische Konfliktbedingungen zu gelten die historischen Erfahrungen der Systemglieder, ihre Verhaltenstraditionen und ihre Konfliktkulturen.<sup>10</sup> Konflikt ist keine Konstante, sondern eine abhängige Variable. Ihre in der europäischen Neuzeit gewonnene Figur dominiert zwar gegenwärtig, darf aber nicht den Blick dafür verstellen, daß es andere Figuren gegeben hat<sup>11</sup> und andere Figuren geben kann.

Auf diesen Bedingungen ruhen die eigentlich systemischen Prozesse, also die den Konflikt konstituierenden Interaktionen. Sie sind von den Konfliktaktionen, der Außenpolitik, wegen ihres kollektiven Charakters zu unterscheiden. Systemische Prozesse (internationale Politik ist ein Synonym dafür) werden von den Außenpolitikern der Systemglieder unter den jeweiligen Bedingungen ihres Zusammenspiels gebildet. Es lassen sich grob drei Klassen solcher Prozesse unterscheiden. Einmal durch Aggression ausgelöste Prozesse: Ein oder mehrere Systemglieder verfolgen Ziele, die nur auf Kosten der anderen Systemglieder befriedigt werden können, seien diese Ziele nun ideologischer, ökonomischer, politischer oder territorialer Natur. Konfliktprozesse solchen Typs gibt es, sie sind jedoch relativ selten. Häufiger sind Prozesse, die aus Interessendivergenzen entstehen, also aus der – zunächst unbeabsichtigten – Unvereinbarkeit wirtschaftlicher oder politischer Interessen. Hierzu zählt etwa die Entwicklungsländerproblematik, jedenfalls hypothetisch. Die Deutschlandfrage zwischen USA und Sowjetunion

ist gewiß dazuzurechnen. Interessendivergenzen sind also die zweite Prozeßklasse, die Konfliktpotentiale enthält. Die dritte entsteht aus reiner Interaktion, also aus dem Faktum des Miteinander-Agierens. Sie ist jedenfalls hypothetisch als häufig zu bezeichnen. Der von Herz entwickelte Begriff des Sicherheitsdilemmas<sup>12</sup> schließt diese Klasse auf. Zu dieser Gruppe dürfen heute weite Strecken des Rüstungswettlaufs gezählt werden. Er hat seine Beziehungen und Spannung verloren und ist weitgehend zur fast automatischen Interaktionsfolge geworden.<sup>13</sup> Konfliktelemente in der Interaktion können aber auch durch Fehlperzeptionen von Diplomaten entstehen, durch Kommunikationsschwierigkeiten, durch soziale Distanz. Auch zunehmende Interdependenz mit der Vermehrung der Interaktionen bringt Konfliktpotentiale hervor, die in der Zielsetzung der Einheiten nicht angelegt sind.

Auf der Ebene der *Außenpolitik* sind autonome Zielsetzungen der Einheit sowie deren Reaktionen auf Interaktionen zu untersuchen, und zwar im außenpolitischen Entscheidungsapparat, der politischen Elite sowohl wie der Administration. Es ist zu prüfen, wieweit in den außenpolitischen Entscheidungsprozessen aggressive Ziele gebildet oder Interessen formuliert und mit einem Ausschließlichkeitsgrad ausgestattet werden, der ihre Kollision mit anderen unvermeidlich oder schwer auflösbar macht. Das Perzeptionsvermögen der Entscheidungsträger, deren Konfliktbilder, müssen berücksichtigt werden, ebenso Aufbau und Ausbildung des diplomatischen Dienstes. Der im Entscheidungsprozeß formierte Ziel-Mittel-Komplex steht zur Diskussion, bis hin zur Auswahl der Instrumente. Der Entscheidungsfluß selbst ist zu analysieren: Welche Kräfte wirken an welchen Schaltstellen in welcher Weise und Richtung ein?

Die Ebene Außenpolitik ist schließlich von vornherein in enger Beziehung zur Ebene *Innenpolitik* zu sehen, die als ihre Bedingung gelten kann. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß unter dem Erkenntnisziel Frieden nicht die gesamte Innenpolitik ins Blickfeld rückt, sondern nur deren relevantes Segment. Zu fragen ist also, welche gesellschaftlich-politischen Formationen einer Einheit für ihr Außenverhalten relevant sind, beziehungsweise den eine bestimmte Außenpolitik bewirkenden Entscheidungsprozeß ermöglichen. Hier ist zunächst das Gesellschafts-Herrschafts-Wirtschaftssystem der Einheiten als auslösendes oder förderndes Element für aggressive Ziele oder manifeste Außeninteressen zu analysieren. Ferner

sind die kulturellen und gesellschaftlichen Verhaltensnormen, der Grad von Herrschaft, innergesellschaftliche Aggressions- und Frustrationspotentiale zu ermitteln. Das Erziehungs- und das Rechtssystem sind daraufhin anzusehen, ob und inwieweit die von ihnen veranlaßten oder geförderten Sozialisationsformen bestimmte Konfliktverhaltens- und Lösungsweisen bevorzugen und einüben. Anpassungs- und Lernfähigkeit einer Gesellschaft rücken in die Forschungsabsicht ein entsprechend der Bedeutung, die Auto- und Heterostereotype für außenpolitisches Konfliktverhalten haben.

Die genannten drei Konfliktebenen lassen sich verhältnismäßig leicht isolieren. Dabei wird aber die politische Realität insoweit verfehlt, als die Praxis durch alle drei Ebenen hindurchführt. Modellbeispiel: Konflikte der Klasse Interessendivergenzen sind gleichzeitig in Systembedingungen, Systemprozesse, außenpolitischen Entscheidungen und innergesellschaftlichen Interessen gelagert. Es gehört zu den theoretisch und forschungspraktisch schwierigsten Problemen, den Anteil der verschiedenen Ebenen an der Verursachung zu bestimmen. Es ist weniger wichtig, an welchem Niveau man ansetzt,<sup>14</sup> entscheidend ist die Bestimmung des «linkage», der *Verknüpfung*.<sup>15</sup> Sie erst ermöglicht eine genaue, Kausalfolgen bis in die Prozeßverläufe ermöglichende Analyse der Lageung des Konflikts. Erst diese präzise Kenntnis erlaubt, den Versuch zur Lösung des Konflikts sinnvoll anzusetzen.

#### b) Konzepte von Konfliktlösungen

Die Entwicklung von Konfliktlösungsstrategien befindet sich noch nicht einmal in den Anfängen. Wenn auch solche Konzepte ohne genaue Kenntnis der Konfliktlagerung nicht angewandt werden können, so gehört ihre Erarbeitung doch zu den wichtigsten Gebieten der Friedensforschung. Sie können an künstlich vorgegebenen oder hypothetisch vermuteten Konfliktlagerungen vorgenommen werden (etwa am Ost-West-Konflikt oder bei den wirtschaftlichen Differenzen zwischen USA und EWG); dringlich ist, daß sie überhaupt erst einmal in Angriff genommen werden.

Wir verfügen bisher lediglich über das Instrument der Schiedsgerichtsbarkeit oder Internationalen Gerichtsbarkeit, die für die gewaltfreie Lösung nur einer verschwindend kleinen Gruppe von Konflikten in Frage kommen. Das Instrument der «Guten Dienste» ist ebenfalls in seiner Anwendungsdimension eng begrenzt.

Konflikte der Klasse Aggression erfordern stets, die der Klasse Divergenz meist eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. So ist zum Beispiel der Schwarz-Weiß-Konflikt im südlichen Afrika ohne eine Umstellung der gesellschaftlichen Normen der Elite in der Südafrikanischen Republik und ohne Verbesserung ihres Perzeptionsvermögens (um nur einiges zu nennen) nicht denkbar. Welche Beeinflussungsmöglichkeiten gibt es dafür? Oder: Welche Interessenkonstellationen wirken in bürgerlichen Republiken auf die Reproduktion der Hochrüstung ein und wie läßt sich dieser – hypothetische – «industrial-military-complex» abbauen? Wie kann, entsprechend, der hypothetische «ideological-military complex» in sozialistischen Ländern beeinflußt werden? Wie kann die Bundesrepublik auf die Diktatur in Griechenland und Spanien einwirken, wie auf das Regime in der DDR? Welche gesellschaftlichen Formationen müssen in Ost und West verändert werden, um aus dem Kalten Krieg eine Cooperationsstruktur werden zu lassen? Welche Instrumente besitzen wir für eine solche korrigierende Steuerung?

Dieser Themenbereich kann vorab nur in Frageform präsentiert werden. Bisher hat sich nur Burton<sup>16</sup> systematisch damit befaßt. Die im Anschluß an Lorenz von Stein durch Krockow<sup>17</sup> betonte Harmonisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Voraussetzung eines befriedigenden Niveaus von Konfliktlösungen zeigt in die richtige Richtung, ist aber noch viel zu global. Umgekehrt bewegt sich die These der Gradualisten wie Etzioni oder Osgood<sup>18</sup> im mehr atmosphärischen Vorstadium der Konfliktlösung. Dieses Stadium ist wichtig, greift aber entschieden zu kurz. Die im Anschluß an Gene Sharp<sup>19</sup> von Theodor Ebert fortgeführte Erarbeitung gewaltfreier Aktionen<sup>20</sup> ist vorwiegend innenpolitisch orientiert und dort auch brauchbar. Auf außenpolitischem Gebiet reicht sie nicht aus.

#### 3. Mögliche Schwerpunkte der Friedensforschung

Aus dem Gesagten ergibt sich, welche Schwerpunkte die Friedensforschung, vor allem in der Bundesrepublik, in Angriff nehmen sollte. Sie können hier nur summarisch in Großgruppen aufgeführt werden. Um sie in Forschungsstrategien umzusetzen, müßten sie im einzelnen noch genauer thematisiert werden.

##### a) Schwerpunkte der Analyse

Auf der *Systemebene* wären folgende Themengruppen zu nennen:

1. Das Problem von Recht und Gerechtigkeit im internationalen System. Träger und Ansprüche wären neu zu definieren, die systemische Richtung von Frieden zu bestimmen.

2. Der gesellschaftlich-ideologische Antagonismus zwischen Sozialismus und Kapitalismus und die Chancen der Einübung kooperativer Verkehrsweisen.

3. Hemmnisse der westeuropäischen Integration und ihre Lagerung im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

4. Zwischen Souveränität und Integration: Neuordnung des europäischen Systems (Modelle der europäischen Friedensordnung); vgl. Nr. 2.

5. Arbeitsteilung und Führung: die Zukunft des atlantischen Systems.

6. Kommunikationssysteme, Informationsflüsse und Spannung. Das Verhältnis zwischen Sprachbarrieren und Konflikt.

7. Das Entwicklungsproblem als Interessendivergenz zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Hier müßte vor allem eine genaue Bestandsaufnahme und detaillierte Beschreibung des Konflikts erfolgen. Die Interessen der Entwicklungsländer müßten den Leistungen der Industriestaaten gegenübergestellt und die Entwicklungsfunktion dieser Leistungen diskutiert werden. Die Verpflichtung zur Entwicklungshilfe müßte auf klare politische Formeln gebracht und ihr Umfang genauer festgelegt werden.

8. Das Rüstungs-Abrüstungs-Syndrom. Es ist in vielen Punkten identisch mit der Lagerung des Ost-West-Konflikts überhaupt. Rüstung muß als unabhängige wie als abhängige Variable untersucht werden. Gerade in diesen Punkten schießen systemische und nationale Konfliktpotentiale zusammen: Die Verklammerung und damit die Notwendigkeit bi- und tridimensionaler Analysen wird sichtbar.

Auf der Ebene *Außenpolitik* lassen sich folgende Gruppen aufführen:

9. Spannungsfaktoren im außenpolitischen Entscheidungsprozeß verschiedener Einheiten.

10. Demokratie und Außenpolitik.

11. Ausbildung, Information und Perzeptionsstrukturen der außenpolitischen Eliten.

12. Historisch-gesellschaftliche Traditionen auswärtigen Verhaltens. Hier müßten verschiedene Ziel-Mittel-Komplexe in ihrer administrativ-gesellschaftlichen Vermittlung aufgesucht und daraufhin überprüft werden, wieweit sie schablonisierte Spannungselemente enthalten.

13. Außenpolitische Spannung und Mobilisie-

rung von innenpolitischem Konsens. Häufig wird Außenpolitik als Instrument zur Sicherung instabiler Herrschaft oder auch nur zur Erleichterung des Konsenses verwandt, etwa bei der Budgetgestaltung. Diese Zusammenhänge – der gesamte Bereich der sogenannten «aufgesetzten Spannung» – müssen analysiert werden, damit die real bestehende außenpolitische Konfliktlage adäquat erfaßt werden kann.

14. Analyse und Klassifikation außenpolitischer Zielsetzungen verschiedener Einheiten. Erforderlich ist die Unterscheidung der System-Inputs nach Aggressionen und Interessendivergenzen. Auch hier wird wieder die Verklammerung mit der nächsten Ebene, der der Innenpolitik und der gesellschaftlichen Strukturen, deutlich sichtbar.

Themengruppen im Bereich der *Innenpolitik* und der *gesellschaftlichen Strukturen*:

15. Herrschaftssystem und Außenpolitik: Die Übereinstimmungen in den bevorzugten Mitteln sowohl innen- wie außenpolitischer Konfliktlösung.

16. Gesellschaftsordnung und Auswärtige Politik. Die Flexibilität des Gesellschaftsaufbaus, die Möglichkeiten zur internen Konfliktbereinigung, die Bereitschaft und die Schnelligkeit zur Anpassung müssen ebenso überprüft werden (Bereitschaft zum auswärtigen Konflikt als Folge interner Frustration) wie die Schichtung der Gesellschaft und die Einkommensverteilung darin (Konfliktbereitschaft der Unterprivilegierten).

17. Erziehungssystem und Auswärtige Politik. Welche Konflikt- und Konfliktlösungsnormen werden im Erziehungssystem sozialisiert, welche Freund-Feind-Bilder und Vorurteile eingeübt?

18. Welche Großgruppen und Interessen bestimmen maßgeblich die außenpolitischen Interessen? Hier rubrizieren Untersuchungen wie: Wirtschaftspolitik und Außenpolitik, Parteien und Außenpolitik, Militär und Außenpolitik. An dieser Stelle sollte vielleicht noch einmal an die Qualität der Fragestellung erinnert werden, die auf diesen Gebieten erarbeitet werden müßte. Es geht nicht um beschreibende Untersuchungen, sondern um Analysen habitualisierter, konfliktorientierter Muster. Es geht um Grundlagenforschung, nicht um Historiographie. Dieser Hinweis ist deswegen wichtig, weil diese Themengruppe relativ häufig ist, aber eben unter bloß deskriptivem Aspekt.

19. Ideologie und Außenpolitik. Wie verhalten sich ideologische Zielsetzungen zu anderen?

20. Selbstverständnis der Gesellschaft und auswärtige Politik. Der Komplex bezieht sich auf das

oben erwähnte neue Konzept von auswärtiger Politik. Zu analysieren ist die Grundorientierung einer Gesellschaft auf entweder Expansion oder auf Fortschritt (im oben erwähnten Sinn der Erhöhung der Entfaltungschancen des einzelnen). Damit läßt sich verhindern, daß ein weitgehend ausgleichsbereiter System-Input unter dem Aspekt der Effizienz von Außenpolitik umgepolt wird. Hier wird die Verklammerung aller drei Ebenen deutlich sichtbar.

In bezug auf die *Verklammerung der Ebenen* ist für die Thematisierung von Forschungsvorhaben vor allem folgendes zu beachten:

21. Auf die Wichtigkeit der Verklammerung der Ebenen und deren Bedeutung bei der Untersuchung von Konfliktpotentialen und Konfliktlösungsmöglichkeiten wurde bereits bei jeder Ebene mindestens einmal hingewiesen. Sie braucht hier nicht eigens ausgeführt, soll aber an einem Beispiel erläutert werden. Der Ost-West-Konflikt muß auf der Systemebene (Konflikttraditionen, Konstellationstraditionen, Aggressionen, Divergenzen, Interaktionen, Sicherheitsdilemma), auf der Ebene Außenpolitik der Systemglieder (intern bedingte Spannungsfaktoren, Fehlperzeptionen, Konsensmobilisierung usw.) und auf der Ebene Innenpolitik (Interessen von Wirtschafts-, Partei- und Militärgruppen, Konfliktbereitschaft und Verhaltenstraditionen der Systemglieder) untersucht werden. Dies muß gleichzeitig oder doch in systematischer Zuordnung erfolgen. Andernfalls ist die Isolierung von Einzelfaktoren, die Fehlbewertung der Konfliktsysteme unvermeidlich, der Versuch zur Konfliktlösung also von vornherein mißlungen. – Die Verklammerung der Ebenen wird am besten durch Teamarbeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit bewältigt, deren Stimulation zu den wichtigsten Aufgaben einer Förderungsorganisation der Friedensforschung gehört.

#### b) Konzepte von Konfliktlösungen

Hier lassen sich wegen der erwähnten Novität des Problems keine Schwerpunkte benennen: Auch der geringste Fortschritt ist wünschenswert und dringlich. Unter den dringlichsten Feldern wären aufzuführen:

1. Strategien zur Absenkung der Spannung (Deeskalationen im Sinne Osgoods und Etzionis).

2. Strategien zur Auflösung von Aggressivitätsreservoirs vornehmlich bei anderen Systemgliedern. (Für den Vorgang in der eigenen Gesellschaft stehen Strategien zur Verfügung: etwa Demokratisierung, Einkommensanhebung usw.) Zu-

nächst müßten Strategien innoviert werden, mit denen Aggressionsabsichten nicht in der traditionellen Weise durch Aufrüstung und Abschreckung abgewehrt werden, weil sie sich dadurch nur bestätigt sehen und sich verfestigen. Für eine neue Strategie, die diese Absichten entschärft und ihre Basis zu beeinflussen versucht, könnte vielleicht auf Ergebnisse der Spieltheorie verwiesen werden.<sup>21</sup>

3. Strategien der internationalen Verhandlung, die den kontinuierlichen Konfliktlösungstypus Kompromiß sicherstellen, ohne die Erpressung zu ermöglichen.

4. Strategien zur Korrektur divergierender Interessen (etwa im europäisch-amerikanischen Verhältnis oder in der Entwicklungspolitik).

5. Strategien zur Entschärfung manifester Krisen (nicht: Crisis-Management) und zur Überführung in weniger akute Zustände, in denen Konfliktlösungsstrategien angesetzt werden können. Zu denken wäre an eine Weiterentwicklung des peace-keeping-Konzepts der UN, zu dem ein deutscher Beitrag schon seit langem fehlt.

Die aufgeführten Konfliktlösungsstrategien lassen sich in der Forderung zusammenfassen, ein wirksames Instrumentarium zum paeceful change, also zur nicht gewaltsamen, zumindest zunehmend gewaltfreien Weiterentwicklung zu gewinnen. In dieser Forderung ist ein neues Konzept von auswärtigem Verhalten ebenso ausgedrückt wie die Forderung nach Übersicht über die spannungsbedingenden Faktoren auf allen Ebenen. Ziel der Friedensforschung ist es, die Lagerung der Konflikte zu ermitteln und das Verständnis dafür zu mobilisieren oder wenigstens zu erleichtern, daß die Konflikte nicht, wie herkömmlich, mit dem Ziel der Eliminierung oder Schwächung des Gegners, sondern mit dem Ziel der Kooperation gewaltfrei und im Ausgleich gelöst werden können. Gesamtziel der Friedensforschung ist also nicht weniger, als jene kopernikanische Wende im auswärtigen Verhalten der Staaten und im Gruppenverhalten der Menschen herbeizuführen oder – seien wir bescheiden – herbeiführen zu helfen, welche die Überlebenschancen der Menschheit sichert, ohne daß gesellschaftlicher Fortschritt und Emanzipation diesen Chancen geopfert werden.

Friedensforschung wird natürlich nicht von selbst wirksam. Damit sie nicht «akademisch» bleibt, wird es erheblicher Anstrengungen bedürfen, um ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit, der Politik, dem gesellschaftlichen Bildungssystem und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zugäng-



lich zu machen. Solche Praxisbezüge und Umsetzungsstrategien, welche auch die Entwicklung neuer Kommunikationsformen zwischen Wissenschaft und Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit, Wissenschaft und Bildungssystem erfordern,

gehören jedenfalls mit in den Themenkatalog der Friedensforschung, soll sie nicht im Elfenbeinturm elitärer Wissenschaft verharren. Auf die Dringlichkeit dieser Aufgabe kann hier nur hingewiesen werden.

<sup>1</sup> Unter Friedensforschung sei «jene Wissenschaft zu verstehen, die sich durch ein Engagement zum Frieden, eine gesamtsystemare Ansatzhöhe der Analyse, eine inter- und multidisziplinäre Arbeitsweise, eine Orientierung auf die Wirklichkeitsveränderung, durch die Unabhängigkeit ihrer Forschung sowie ihre inter- und multinationale Arbeitsweise auszeichnet».

Karl Kaiser, *Friedensforschung in der Bundesrepublik* (Göttingen 1970) 37.

<sup>2</sup> Hier einige von Galtung genannte Merkmale: Friedensforschung ist interdisziplinär; sie steht über den Ideologien und, wenn notwendig, im Widerspruch zu herrschenden Meinungen; sie ist theoretisch orientiert, jedoch ganz auf die Anwendung ihrer Ergebnisse bedacht; mehr international als national ausgerichtet; eine Wissenschaft, die von einer Wertbasis ausgeht; eine Wissenschaft, die nach einem symmetrischen Ansatz unter globalen Aspekten arbeitet. Vgl. Johan Galtung, *Violence, Peace, and Peace Research: Journal of Peace Research* (1969), 167ff.

<sup>3</sup> Dazu derselbe: *Frieden und Friedensforschung: Dieter Danckwortt* (Hrsg.), *Internationale Beziehungen, ein Gegenstand der Sozialwissenschaften* (Frankfurt 1965) 15f.

<sup>4</sup> Dies ist typisch für den sogenannten militant peace research, vgl. etwa Herman Schmid, *Peace Research and Politics: Journal of Peace Research* (1968), 217ff.

<sup>5</sup> Dieser Zusammenhang kann hier nur angedeutet werden. Der Grad enthält ein beträchtliches Maß an Herrschaftsfreiheit, Wohlstand, Entwicklungsmöglichkeiten.

<sup>6</sup> Kaiser (Anm. 1), 45ff.

<sup>7</sup> Raymond Aron, *Frieden und Krieg* (Frankfurt 1963).

<sup>8</sup> Christian Graf Krockow hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß Hobbes nicht als «Nihilist des Friedens» oder als «Ahnherr totalitärer Staatsallmacht» gelten darf, Thomas Hobbes' Philosophie des Friedens: *Soziologie des Friedens* (Gütersloh 1962), 11 ff.

<sup>9</sup> Auf die wissenschaftstheoretische Problematik, die die gesamte Sozialwissenschaft durchzieht, kann hier nur hingewiesen werden.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Stanley Hoffmann, *Contemporary Theory in International Relations* (Prentice Hall 1960).

<sup>11</sup> Vgl. Quincy Wright, *A Study of War* (Chicago 1965).

<sup>12</sup> John H. Herz, *International Politics in the Atomic Age* (New York, Columbia University Press, 1960).

<sup>13</sup> Dazu Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden* (Frankfurt 1969).

<sup>14</sup> David Singer, *The Level-of-Analysis Problem: Klaus Knorr und Sidney Verba* (Eds.): *The International System* (Princeton 1961) 77ff.

<sup>15</sup> Dazu E. O. Czempiel (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität* (Köln und Opladen 1969).

<sup>16</sup> John W. Burton, *Conflict and Communication* (London 1969).

<sup>17</sup> Krockow (Anm. 8).

<sup>18</sup> Amitai Etzioni, *Der harte Weg zum Frieden* (Göttingen 1965); Charles Osgood, *A Alternative to War and Surrender* (Urban 1962).

<sup>19</sup> Gene Sharp, *The Weed of a Functional Substitute for War: International Relations* (April 1967).

<sup>20</sup> Th. Ebert, *Von aggressiver Drohung zu defensiver Warnung: Senghaas* (Hrsg.): *Friedensforschung und Gesellschaftskritik* (München 1970), 179ff.

<sup>21</sup> Karl W. Deutsch, *The Analysis of International Relations* (Prentice-Hall 1968) 120f.

#### ERNST-OTTO CZEMPIEL

geboren am 22. Mai 1927 in Berlin, er studierte an der Kirchlichen Hochschule in Berlin Philosophie, an der Universität Mainz Geschichte, Anglistik und Philosophie, ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Frankfurt, Mitglied der Direktion der Stiftung Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Mitglied der wissenschaftlichen Kommission des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden. Er veröffentlichte u. a.: *Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949* (1966), *Die Lehre von den Internationalen Beziehungen* (1969), *Macht und Kompromiß. Die Beziehungen der BRD zu den Vereinten Nationen 1956-70* (1971).

#### HEINZ RISSE

geboren am 4. September 1924 in Neu-Isenburg. Er studierte an der Universität Mainz Philosophie, Theologie und Psychologie, arbeitete als freier Journalist, ist Vizepräsident der Bewegung «Pax Christi» und Sekretär des Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden. Er veröffentlichte u. a. als Herausgeber: *Misereor* (1962), *Bilanz des deutschen Katholizismus* (1966), *Den Frieden planen* (1969).